

Johanna Bröse
Stefan Faas
Barbara Stauber *Hrsg.*

Flucht

Herausforderungen für Soziale Arbeit



Springer VS

Flucht

Johanna Bröse · Stefan Faas
Barbara Stauber
(Hrsg.)

Flucht

Herausforderungen für Soziale Arbeit

 Springer VS

Herausgeber

Johanna Bröse
Universität Tübingen
Tübingen, Deutschland

Barbara Stauber
Universität Tübingen
Tübingen, Deutschland

Stefan Faas
PH Schwäbisch Gmünd
Schwäbisch-Gmünd, Deutschland

ISBN 978-3-658-17091-2

ISBN 978-3-658-17092-9 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-17092-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat: Stefanie Laux

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Flucht – Herausforderungen für die Soziale Arbeit

Hinführung

In Zeiten, in denen keine Woche ohne Nachrichten von Konflikten, Krisen, Katastrophen vergeht, angesichts so vieler aufregender Themen und aufgeregter Thematisierungen, ist reflexive und theoretische Vergewisserung der eigenen Profession unerlässlich. Auch und gerade, wenn in den jeweiligen Situationen keine Zeit zum Nachdenken zu sein scheint, weil so viel Drängenderes zu tun ansteht. Diesen Gedanken des notwendigen Innehaltens, der an anderer Stelle in diesem Band auch weiter ausformuliert wird, möchten wir zum Einstieg aufgreifen: Innehalten tut not, angesichts einer aufgeheizten und zunehmend rechtspopulistisch dominierten Stimmung, angesichts der sich systematisch schließenden Grenzen und der Verzweiflung vieler geflüchteter Menschen, die nun vor einer Abschiebung stehen. Auch schon der Sozialpädagogiktag 2015, der den Titel dieses Bandes trug und dessen Beiträge wir hiermit, ergänzt um wichtige Beiträge weiterer Autor_innen, veröffentlichen, war der Versuch eines solchen Innehaltens. Im November 2015, als die Fachtagung stattfand, war es wohlthuend, die verschiedenen ineinander laufenden dominanten Diskurse und ihre z. T. unheilvolle Verknüpfung in Ruhe zu analysieren. Ebenso wohlthuend war es, aus manch einem vermeintlichen Entweder-oder-Denkzwang herauszufinden, sich in der Notwendigkeit kritischer Reflexivität zu bestärken, und einen solchen Raum hierfür zu schaffen. Dies ist auf der Tagung gelungen, wie auch in verschiedenen auf die Tagung folgenden Initiativen, Gesprächsrunden und Veranstaltungen, und dies wünschen wir uns auch für die Rezeption der hier veröffentlichten Texte. Dass nun endlich der Band hierzu vorliegt, verdankt sich zum einen dem Engagement der Beitragenden, bei denen wir uns zudem für ihre Geduld bedanken wollen; er verdankt sich zum zweiten der hohen inhaltlichen wie technischen Kompetenz

von Amina Datzmann, die mit großer Sorgfalt und viel Einsatz die Texte durchgesehen und ins Format gebracht hat; und er verdankt sich drittens und nicht zuletzt und wieder einmal Stefanie Laux vom Springer VS Verlag, ihrer Geduld und ihrem Vertrauen.

Tagungsbericht und Kommentar von Barbara Stauber und Johanna Bröse

(Selbst-)kritische Hinweise und Vorbemerkungen zum „Flucht-Diskurs“

Flucht als Thema der Sozialen Arbeit – was vor kurzem, zumindest jenseits der Nischen eines schon älteren Handlungsfeldes der „Flüchtlingssozialarbeit“, noch neu klang, ist heute aus der fachlichen Debatte nicht mehr wegzudenken. Wieder einmal hat das Elend zu einem Boom in der Sozialen Arbeit geführt. Dies ist ein fachlich zwar notwendiger, aber doch auch hoch ambivalenter Effekt. Die Koppelung zwischen einem unglaublichen und in der Tat noch lange nicht gedeckten Bedarf, der nur ansatzweise ein unglaubliches globales Leid reflektiert, und dem Aufwind, den hierdurch die Soziale Arbeit und das soziale Ehrenamt in diesem Handlungsfeld erfährt, ist erneut ein Hinweis darauf, wie spannungsreich Soziale Arbeit verfasst ist und wie sich in der Sozialen Arbeit die Paradoxien von Hilfe spiegeln.

Doch wollen wir noch einen Schritt davor in unsere Vorbemerkungen einsteigen: so ist in allem, was hier formuliert wird, auch (und immer wieder) Sprachkritik zu betreiben. Dies fängt an beim Hinweis darauf, dass das „Thema Flucht“ ja nicht nur ein „Thema“ ist, sondern für ganz konkrete Schicksale und Biografien steht. Auch wenn wir den Eindruck haben, dass dieses „Thema“ stark geworden ist, erfahren wir weiterhin (und seit dem Schließen der Grenzen zunehmend) nur einen Bruchteil der Realität dieses globalen Exodus. Diese Kontextualisierung bleibt hier wichtig: Weltweit sind über 60 Mio. Menschen auf der Flucht, nur der aller kleinste Teil hat überhaupt die Ressourcen, sich auf den Weg nach Europa zu machen, und nur der aller kleinste Teil davon kommt hier in der Bundesrepublik an.

Auch müssen wir feststellen, wie wechselhaft die Medienberichterstattung der letzten Jahre war, welch unterschiedliche Wellen von Thematisierungen es gab und wie unkalkulierbar mithin diese wechselnde mediale und gesellschaftliche Grundstimmung als zentraler Aspekt der Lebenslagen von Geflüchteten in diesem Land ist. Hier nur eine sehr grobe und unvollständige Chronologie dieser wechselhaften medialen Thematisierungen:

Sie fängt an bei den Berichterstattungen zum Sterben im Mittelmeer, zum Ende von Mare Nostrum (einer wichtigen Operation der italienischen Marine zur Seenotrettung), zum Bau eines Zauns an der ungarisch-serbischen Grenze; sie geht weiter mit einer Welle der Solidarisierung, mit Berichten über zunehmendes ehrenamtliches Engagement – bis hin zu einem Sich-selbst-Feiern einer Willkommenskultur. Dies durchsetzt sich in der Folge immer stärker durch Berichte von Übergriffen, von Brandanschlägen; wieder, wie damals, 1992, in Rostock-Lichtenhagen, brennen Wohnungen, skandieren Gruppen von „ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern“ rassistische Parolen, gibt es Brandanschläge und Hakenkreuzschmierereien und Übergriffe nicht nur in den östlichen Bundesländern, sondern auch auf der Schwäbischen Alb: Dies führte zu einem traurigen Rekord von weit über 700 Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015. Im Jahr 2016 erhöhte sich diese Zahl, trotz einem deutlichen Rückgang der neu ankommenden Asylbewerber_innen, nach Angaben des Bundeskriminalamts noch einmal auf 988 Übergriffe (die Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert sogar 1578 Übergriffe auf Unterkünfte in diesem Zeitraum). Begleitmusik hierfür ist eine immer lauter werdende Rede des „Zuviel“, der „Überforderung“, des „Nicht-mehr-Leistbaren“, und ein politischer Diskurs, der aufspaltet: in legitime und illegitime Geflüchtete, manchmal auch in nützliche Arbeitskräfte (zum Beispiel für den krankenden Gesundheitssektor), nützliche Aufrechterhalter_innen von Infrastrukturen in verlassenen Gemeinden, nützliche Schüler_innen zur Verhinderung von Schulschließungen einerseits, und „Nicht-Brauchbare“ andererseits.

Dann der Jahreswechsel 2015 auf 2016, eine Silvesternacht, nach der zunächst einmal alles anders zu sein scheint. Oder hören wir einfach nur eine altbekannte Strophe des Differenz-Diskurses mit einigen (auch nicht wirklich neuen) Noten? Die Folge dieser Nacht, in der abscheuliche Übergriffe auf Frauen stattgefunden haben: eine mediale Verselbstständigung des Geschehnisses, und plötzlich scheint man sich zwischen Kritik an Rassismus und Kritik an Sexismus entscheiden zu müssen. Feministinnen, die seit Jahrzehnten auf die sexualisierte Gewalt hinweisen und hiergegen aktiv sind, erhalten ganz unvermutete und unerwünschte Verbündete aus den Reihen von Populist_innen bis hin zu rechten Schlägerkommandos, die vermeintlich zum Schutz von Frauen die Innenstädte durchkämmen. Wieder, wie auch schon vor Silvester, geraten Menschen, die hier kaum angekommen sind, unter Generalverdacht.

Blickwechsel an die europäischen Grenzen: Wir sehen riesige Lager in Syrien, in der Türkei, in Griechenland, in Italien – Lager, die immer größer werden, auch, weil die Balkan-Route inzwischen geschlossen ist. Lager, in denen die Grundversorgung an vielen Stellen nur durch äußerste Anstrengung von lokalen Freiwilligen

oder extra zugereisten europäischen Helfer_innen aufrechterhalten werden kann. „Jungles“, die sich illegalisierte Menschen aufgrund fehlender staatlicher Infrastrukturen mit den eigenen spärlichen Ressourcen erbauen – nur um wenige Tage später wieder von Sicherheitskräften vertrieben zu werden. Lager, in denen Frauen und Kinder völlig unzureichend geschützt sind und in denen sich – wie etwa im türkischen Camp Nizip bei Gaziantep im Jahr 2016 – Berichte von Missbrauchsfällen häufen.

Dann der sogenannte „EU-Türkei-Deal“ – das Schließen der türkischen Grenze im Austausch gegen die Aufnahme zurückgeschickter Geflüchteter in die Türkei. Sechs Milliarden Euro fließen im Rahmen dieser Vereinbarung an Ankara, unter anderem für die Unterbringung von rückgeführten Geflüchteten. Inzwischen werden die Lager in Idomeni, in Moria auf Lesbos und auf anderen griechischen Inseln geräumt, Menschen werden unter Polizeigewalt auf Boote verbracht und zur Rückführung gezwungen. Die Kurswende wird offiziell, jetzt wird ganz explizit das Zurückhalten bzw. das Zurückschicken von Geflüchteten zur staatlichen Politik, und Politiker_innen brüsten sich mit dem Rückgang der Zahlen von Geflüchteten – einem künstlich erzeugten, nur hier in Deutschland zählbaren Rückgang. Und weiterhin sterben die Menschen im Meer, werden krank in den verschiedenen Lagern, weiterhin findet unerträgliches Leid statt, nun eben wieder in sicherer Entfernung. Es verstärkt sich eine Haltung, die sich immer konsequenter der Verantwortlichkeit für die Bekämpfung von Fluchtursachen entzieht. Und was bewegt die Bevölkerung Europas, die Bewohner_innen der Bundesrepublik? Die Stimmung ist äußerst fragil, sie droht immer wieder zu kippen – im Nachgang der Terroranschläge von Paris im November 2015 umso mehr, seitdem das große WIR der „westlichen Werte“ betont und bei jeder neuen Gelegenheit bemüht wird.

Diese Thematisierungslinie hält sich durch bis heute. Sie erhält sogar noch Auftrieb, wenn deutlich wird, dass auch geflüchtete Menschen (und nicht nur Schwaben oder Bayern) zu tödlichen Eifersuchtstaten wie unlängst in einer baden-württembergischen Kleinstadt in der Lage sind. Problematisch an diesem Diskurs ist nicht nur, dass alle diese beklagenswerten Taten zunächst immer in einen Topf geworfen werden und gegenüber dieser „Grobsortierung“ spätere Richtigstellungen kaum mehr Gehör finden. Nahezu paradox ist auch, dass angesichts des so entstehenden Generalverdachts sich Menschen von Gewalttaten distanzieren (müssen), die vor ebensolchen oder ganz ähnlichen Gewalttaten geflohen sind.

Auf politischer Ebene kann inzwischen eine Chronologie immer weiterer Verschärfungen des Aufenthaltsrechts geschrieben werden: Im Herbst 2015 mündet

eine Regierungsdebatte binnen weniger Tage in einen Gesetzentwurf, der so schnell wie kaum ein anderer mit dem sogenannten „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ am 25. Oktober in Kraft tritt. Die Fachverbände haben hier – wie auch in den folgenden Verschärfungen – kaum Zeit um eine Stellungnahme zu verfassen. Dieses Gesetz richtet sich ganz eindeutig gegen die sogenannten Balkanflüchtlinge und zementiert die Unterscheidung zwischen „echten“ Flüchtlingen und anderen. Doch dabei bleibt es nicht. Im Februar 2016 wird – wiederum im Hau-Ruck-Verfahren und trotz scharfer Kritik von Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Wohlfahrts- und Fachverbänden – das sogenannte Asylpaket II erlassen. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung tritt aus Protest hiergegen zurück. Das Gesetzespaket enthält keine einzige Maßnahme, um den Schutz von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisenregionen zu verbessern. Stattdessen werden nun Eilverfahren in besonderen Aufnahmezentren möglich, die faire Asylverfahren und die Korrektur von Fehlentscheidungen durch die Arbeit von Rechtsanwälten und Gerichten beschränken, und der Familiennachzug wird teilweise ausgesetzt – Familien werden also auf Jahre getrennt. Abschiebungen werden erleichtert, sie sind nun sogar direkt aus den Erstaufnahmeeinrichtungen möglich, und auch bei schweren Traumata können Geflüchtete jetzt in ihre Herkunftsstaaten abgeschoben werden. Das alles wird gefeiert als ein Erfolg des „Vernünftigtwerdens“ einer „emotionalisierten Willkommenspolitik“.

Was sich ebenso abzeichnet und im Oktober 2016 dann auch durch eine Anfrage an den Bundestag¹ bestätigt wird: Die Qualität der Antragsbearbeitung für Asyl suchende ist ungenügend. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fehlt weiterhin eine nachhaltige Bearbeitungsstrategie, viel zu viele Stellen sind vakant, andere Mitarbeiter_innen sind nur befristet eingesetzt. Es gibt viel zu wenig speziell geschultes Personal, das kompetent auf die besonderen Problemlagen der Asyl Suchenden reagieren kann.

Zur ambivalenten Rolle der Sozialen Arbeit – Notwendige theoretische Vergewisserungen und notwendige Debattenbeiträge

Eine wichtige Akteurin in diesem konfliktreichen Feld ist die Soziale Arbeit. Sie hat im Kontext der Fluchtmigrationsbewegungen in den letzten Jahren allein quantitativ extrem an Bedeutung gewonnen.² Und: Sie ist dabei beim

¹Vgl. die Anfrage der grünen Bundestagsfraktion zur Personalgewinnung beim BAMF (BT-Drs. 18-9895), <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs>.

²Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/arbeitsmarkt-fluechtlinge-bringen-viele-neue-jobs-fuer-wachleute-sozialarbeiter-und-verwaltung-1.2805173>.

Klassifizieren, bei der Altersfeststellung, sie hilft beim Willkommenheißen wie auch beim Abschieben, beim Solidarisieren und Unterstützen wie auch beim Verwahren und Verwalten. Die Diskrepanz zwischen dem, was Sozialarbeiter_innen in der Flüchtlingsarbeit als angemessene Form der Unterstützung für ihre Adressat_innen betrachten, und den Möglichkeiten, die sie unter den gegebenen organisatorisch, finanziell und rechtlich zulässigen Umständen hierfür haben, ist derzeit wohl so groß wie in kaum einem anderen Handlungsfeld.

Hier lohnt sich ein ganz kurzes Innehalten in systematisierender Absicht: Soziale Arbeit ist – mit Fabian Kessl und Susanne Maurer (2009) gesprochen – Grenzbearbeitung. Sie bearbeitet Grenzen von Anspruchsberechtigung, sie arbeitet an den Grenzen zwischen sozialem Einschluss und Ausschluss, und stellt gleichzeitig Grenzen mit her. Wenn sie gut gemacht wird, ist ihr das auch bewusst, dann sind ihr die eigenen Ambivalenzen von Hilfe und Kontrolle transparent und die Mechanismen von sozialem Ausschluss und zum Teil problematischem sozialen Einbezug auch. Doch das ist nicht immer der Fall und auch nicht immer einfach: Nur zu oft ist Soziale Arbeit verfangen in den eigenen Frustrationen, und sie ist auch nicht immer Herrin im eigenen (emotionalen) Haus. So gilt das, was man häufig dem Ehrenamt zuschreibt – nämlich nicht reflektierte Dankbarkeitserwartungen und Normalitätsunterstellungen, die unweigerlich Enttäuschungen und Rückzug nach sich ziehen – durchaus auch für den professionellen Bereich. Hier also ist Soziale Arbeit aufgefordert, sich einer professionellen Distanz zu vergewissern, sowie der Zuschreibungen, die sie selbst vornimmt.

Sie ist auch herausgefordert, ihre eigene Eingebundenheit in Kategorisierungs- und Ausschließungsprozesse zu reflektieren und entsprechende Schlüsse für Praxis (und Theorie) zu ziehen – um Übergriffigkeiten zu vermeiden und auch, um Menschen nicht noch einmal zu Opfern zu machen, sondern im besten Sinne von Adressat_innenorientierung einen Raum und Gehör für deren Stimme zu organisieren.

Und: Sie ist auch aus fachlicher Perspektive aufgefordert, sich gegen vermeintliche Sachzwänge zu positionieren. So hat sie darauf zu bestehen, dass die Aufgaben, die sich an die Kommunen stellen, zwar Herausforderungen darstellen, aber dass diese zu schaffen sind; dass es zwar klar benennbare neue Aufgabenfelder und Qualifizierungserfordernisse an das Personal gibt, die aber alle leistbar sind, entsprechende Ressourcen vorausgesetzt. Dass es hierfür genügend finanziellen Spielraum gibt, wurde noch im letzten Jahr, als der mediale Grundtenor noch ein anderer war, von den Stimmen großer Wirtschaftsforschungsinstitute wie dem DIW und sogar vonseiten des Finanzministeriums

immer wieder versichert. Dies setze noch nicht mal große Umverteilungen voraus, die nötigen Ressourcen seien verfügbar.³

Gleichzeitig hat es Soziale Arbeit gerade im Kontext von Flucht mit widerstreitenden Rechtslagen zu tun. Umso wichtiger ist es dann, sich auf die eigenen Rechtsgrundlagen zu beziehen: Soziale Arbeit, die selbst von sich erwartet, nicht nur Dienstleistung in staatlichem Auftrag zu sein, kann sich etwa auf die Menschenrechte als berufsethische Grundlage berufen oder aus einer gesellschafts- und herrschaftskritischen Perspektive heraus Kritik an restriktiver Asylpolitik üben (vgl. Positionspapier Müller; Prasad et al. 2016). Dennoch bleibt sie – darauf hat etwa Albert Scherr (2015) sehr klar verwiesen – nationalstaatlich gefasst, ist also exekutiver Bestandteil von staatlichen Sozial- und Migrationspolitiken, und schon von daher zur Grenzbearbeitung verpflichtet.

Diese grundlegende Paradoxie muss sie sich bewusst machen, um dennoch einen kritischen Anspruch verfolgen zu können. Kritik, so Susanne Maurer (2015), ist dabei zu verstehen als „eine soziale Praxis, die sich auch selbst immer wieder riskiert. Denn das, was wir als kritische Praxis dann konkret entwickeln und realisieren, kann immer wieder auch gegen das Anliegen, gegen die Absicht der eigenen kritischen Anliegen wirken“ (Maurer 2015, S. 306). Hier gibt es nur eine angemessene Form des Umgangs: ein permanentes In-Bewegung-Bleiben einer kritischen Reflexivität, die sich nicht selbst zerfleischt, sondern sich der systematisch mitgebrachten Widersprüche bewusst bleibt.

Besonders bedeutsam ist in diesem Kontext die wissenschaftliche Kritik der Sozialen Arbeit an Differenzsetzungen, wie zum Beispiel Unterscheidungen und Selektionen zwischen den geflüchteten Menschen, die Engpässe auf Teilsegmenten des Arbeitsmarktes vermeiden sollen, oder (Be-)Wertungen von „echten Flüchtlingen“ und jenen, die aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern kommen. Diese Unterscheidung will einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass es für manche Gruppen von geflüchteten Menschen wie etwa die Roma keine sicheren Herkunftsländer gibt. Spätestens nach den Diskussionen um die Einstufung von Marokko, Tunesien oder gar Afghanistan als sichere Herkunftsländer wird deutlich, dass die Bezeichnung „sicher“ ein sehr weitgefasserter und vor allem politisch und ökonomisch motivierter Begriff in diesem Kontext ist. Und spätestens nach dem Beginn der Abschiebungen in diese Länder, nach erfolglosen Protestaktionen

³Vgl. Interview mit DIW-Präsident Marcel Fratzscher vom 4. 11. 2015 im Deutschlandfunk, http://www.deutschlandfunk.de/integration-von-fluechtlingen-das-geld-ist-da.694.de.html?dram:article_id=335844; Interview mit Wolfgang Schäuble in der Welt <https://www.welt.de/wirtschaft/article152972939/Schaeubles-Ueberschuss-Milliarden-sind-fuer-Fluechtlinge-reserviert.html>.

und nach Berichten derer, die jetzt in diese Länder abgeschoben wurden, wird die Grausamkeit und Unerbittlichkeit dieser Politik deutlich.

Kritik üben muss Soziale Arbeit auch an den Unterscheidungen, die sie selbst vornimmt: zwischen denen, die unter, und denen, die über 18 Jahre alt sind – und damit zwischen denen, die als minderjährige Flüchtlinge besondere Betreuung und umfassenderen Schutz genießen, die vom Jugendamt in Obhut genommen und nicht einfach abgeschoben werden können, und denen, die diesen Schutz nicht haben, denen Gemeinschaftsunterkünfte und Umverteilungen zugemutet werden können.

Wir müssen diese Differenzsetzungen ganz grundsätzlich infrage stellen. Hierbei geht es ans Eingemachte auch der Fachlichkeit, die diesbezüglich qua Amt und Aufgabe von hoher Ambivalenz ist: nämlich zum einen Missstände zu bearbeiten, die aus solchen Grenzziehungen resultieren, zum anderen aber immer wieder genau Grenzziehungen vorzunehmen, und damit an Hierarchien der Anspruchsberechtigung, des Hilfebedarfs, der Problemgruppenzuweisung etc. mitzuwirken.

Das hat viel mit Rassismuskritik zu tun, und dies ist das andere Grundsätzliche. Denn: Rassismus ist nicht nur dort, wo rassistische Übergriffe stattfinden, sondern oft schon dort, wo falsche Generalisierungen vorgenommen werden: DAS Tätermilieu – DIE Nordafrikaner – DIE Asylbewerber. Dieses Schema rastet ein, noch bevor es irgendwelche genaueren Hinweise gibt. So waren nach der Silvesternacht in Köln ganz schnell Augenzeugenberichte derer, die am Kölner Hauptbahnhof ihre Läden betreiben, und ihre Hinweise auf eine gewaltbereite Szene, die sich schon viel länger im Kölner Bahnhofsmilieu trifft, obsolet. In München wurden ganz schnell aus einem einzelnen Täter (der, wie sich später herausstellte, von rechtsextremen Taten fasziniert war) drei islamistische Terroristen. Offensichtlich scheint diese Verbindung immer nur darauf zu warten, hergestellt zu werden.

Es geht also darum, unreflektierte Differenzsetzungen und Grenzziehungen einer permanenten kritischen Überprüfung zu unterziehen, damit sich diese fatalen Diskursverknüpfungen nicht so leicht und unwidersprochen herstellen (vgl. Messerschmidt 2016). Differenzsetzungen und falsche Generalisierungen – also das, was man in der kritischen Forschung zu Migrationsprozessen als „othering“ bezeichnet (vgl. Spivak 1985) – sind immer wieder zu überprüfen: das zum Anderen machen der Anderen: Wir – Ihr/Hier – Dort. Hier die westlichen Werte (Humanismus, Menschenrechte) – dort die Barbarei. Eine Vereinheitlichung, die historisch und systematisch falsch ist, worauf María do Mar Castro Varela in ihrem Beitrag hinweist. Denn diese humanistischen Werte haben nie für alle gegolten, weder für Menschen mit anderer als der weißen Hautfarbe, noch für Menschen, denen eine weibliche Geschlechtszugehörigkeit zugewiesen wird,

noch für Menschen, deren sexuelle Orientierung nicht den heteronormativen Vorgaben entspricht. Dies ist keine Kritik an universalistischen Rechten – solche universalen Rechte sind unverzichtbar. Der Punkt ist nur, dass diese nie (und bis heute nicht) universell gegolten haben. Der falsch generalisierenden Behauptung des fortschrittlichen Westens entspricht die falsch generalisierende Unterstellung, die arabische Welt sei rückschrittlich, barbarisch, frauenverachtend, etc. Diese Generalisierung übersieht, dass es auf beiden Seiten dieser falschen Polarität freiheitsliebende Menschen und Gruppen gibt, dass es hier wie dort Literaturnobelpreisträger_innen gibt und kritische Journalist_innen, Aktivist_innen für Gleichberechtigung und kritische Glaubensbrüder und -schwestern, dass es aber hier wie dort auch sehr rückwärtsgewandte Menschen und Zusammenschlüsse gibt. In Stuttgart etwa die „Demo für alle“-Anhänger_innen, anderswo sektengleiche Organisationen, die die Religion nur zum Vorwand nehmen für die Verfolgung andersdenkender, anderslebender, andersliebender Menschen (Emcke 2015). Wenn wir uns darauf geeinigt haben, dass Gruppen immer intern heterogen sind, dann funktioniert nämlich eines schon mal nicht mehr: dass wir Menschen zu Gruppen machen oder Gruppen homogenisieren, um dann wieder einzelne zu deren Repräsentant_innen zu machen und sie für die Taten anderer verantwortlich zu machen. Doch genau das passiert derzeit immer wieder, zuletzt nach den Attentaten von Paris oder nach den scheußlichen sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht in Köln und anderswo.

Solange wir nicht verstanden haben, dass diese Mechanismen und Differenzsetzungen mit einer rassistischen Grundstruktur unseres Denkens und Sprechens zu tun haben, und solange diese Verbindung nicht reflexiv durchdrungen ist, sind die Ängste, die mit diesen Diskursverknüpfungen geschürt werden sollen, jederzeit abrufbar. Solange wir nicht hinschauen, wo überall der Humanismus seit seinen ersten Formulierungen und bis heute brüchig und löcherig war und ist – wen er nicht einbezog und immer noch ausschließt, schwarze Menschen, behinderte Menschen, Menschen weiblichen Geschlechts, homosexuelle Menschen, und viele mehr – sind wir solchen Verknüpfungsversuchen gegenüber zu sprachlos, zu wehrlos.

Rassismus ist strukturell, institutionell, er ist eingelagert in unserem Sprechen und Denken, vor allem aber hat er viel zu tun mit den genannten Grenzziehungen und Differenzsetzungen. Und so ist es kein übertriebenes Dramatisieren, nicht erst dann von Rassismus zu reden, wenn offen rassistische Übergriffe stattfinden. Es geht damit vielmehr um eine Analyse und einen Reflexionsprozess, der uns alle einbeziehen muss, unsere Praktiken, die Praktiken der Organisationen, in denen wir arbeiten.

Es geht um einen Prozess, der auch nicht einmal durchlaufen und dann abzuschließen ist. Die Reflexion auf rassistische Ausgrenzung und Markierung ist

vielmehr systematisch unabgeschlossen, sich auf ihn einzulassen heißt, sich tatsächlich auf einen Bildungsprozess einzulassen.

Was wurde auf der Tagung wie diskutiert?

Deutlich wurde, dass es auch die Aufgabe Sozialer Arbeit ist, diesen Bildungsprozess zu gestalten und immer wieder Räume hierfür zu schaffen. Es geht darum, sich aus einer Entweder-oder-Logik immer wieder aktiv zu befreien, also das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Konkret: Das eine tun – nämlich den ganzen Gehalt des SGB VIII ausschöpfen, immer wieder auf die Standards der Jugendhilfe verweisen, und auf ihrer Einhaltung bestehen. Und das andere nicht lassen – nämlich immer wieder kritisch die Rolle der Sozialen Arbeit im Kontext einer national verfassten Wohlfahrtsstaatlichkeit und eines national verfassten Hilfesystems reflektieren, also die national gesteckten Grenzen für Hilfe kritisch benennen und auch aufzeigen, wo Grenze- und -überschreitungen unabdingbar und notwendig sind. Hier muss, so Albert Scherr in seinem Schlussplädoyer, auf der Ebene des beruflichen Handelns zur Not auch in den Konflikt gegangen werden mit Ausländerbehörden, mit Kommunen, mit Bildungsinstitutionen. Etwa, wenn Kita-Träger Weisung bekommen, nur solche Kinder aufzunehmen, die auch eine Bleibeperspektive haben. Hier müssen die fachlichen Standards aufgerufen werden: Wer sorgt dafür, dass schulpflichtige Kinder in die Schule gehen? Wird dafür gesorgt, dass das Kindeswohl nicht gefährdet wird (in Gemeinschaftsunterkünften und Sammellagern), dass hier keine sexuellen Übergriffe stattfinden?

Wir wissen: Es gibt hier eine Menge subversiver Strategien, um die Mittäterschaft an den Grenzziehungen zu verweigern. Aber die Art und Weise, wie Grenzziehungen organisiert werden, hat etwas Perfides, das sehr dazu verführt, „auf dem Laufenden“ zu bleiben und damit unversehens affirmativ zu werden. Hier muss auf der Ebene des fachpolitischen Handelns Widerspruch formuliert werden zu offizieller Regierungspolitik, wie das ja auch schon einige Fachverbände sehr gut und sehr klug immer wieder tun.

Und hier muss auf der Ebene der Ausbildungs- und Wissensvermittlung an Bildungseinrichtungen wie den Universitäten und Hochschulen viel mehr Prinzipien gefolgt werden, wie sie im Aufruf „solidarische Bildung“ formuliert wurden:

Als ein zentrales Bildungsziel des 21. Jahrhunderts kann vor diesem Hintergrund das Streben nach globaler Solidarität angegeben werden. Zeitgemäße Solidarität ist nicht im Modell einer Solidarität unter einander Vertrauten zu konzipieren, sondern hat sich zu bewähren in von Pluralität und Differenz geprägten Bedingungen. Dieses Bildungsziel gilt es begrifflich und didaktisch (weiter) zu entwickeln und zu stärken, auch, um dem in Europa erneut zunehmenden Zuspruch rassistisch-identitärer Positionen nicht hilflos beizuwohnen (Aufruf 2015).

Beiträge

Mit dem Einstieg von **María do Mar Castro Varela** wurde schon bei der Tagung ein eindringlicher Blick auf die schmerzvollen Verknüpfungen von Flucht und einer noch immer nicht abgeschlossenen kolonialen Geschichte geworfen. Sie stellt für diesen Band einen auf ihrem Vortrag basierenden Beitrag zur Verfügung, der dafür plädiert, über die Politisierung Sozialer Arbeit im Kontext der Arbeit mit geflüchteten Menschen nachzudenken, ebenso wie über politische wie ethische Grenzen, Grenzsetzungen und Grenzüberschreitungen. Mit einer kritischen Reflexion über die Bilder von Flucht und Migration geht es ihr auch um ein Überdenken grundsätzlicher Prämissen und Paradigmen postkolonialer Sozialer Arbeit.

Astrid Messerschmidt zeichnet in ihrem Beitrag „Komplexität annehmen“ nach, wie sich im Kontext von migrationsfeindlichen Proklamationen Sexismen und Rassismen intersektionell verschränken und wo feministische Ansatzpunkte für eine rassismuskritische Reflexivität liegen könnten. Sie rekonstruiert einen ganz spezifischen, aus den Debatten Sozialer Arbeit durchaus bekannten Problemblick auf geflüchtete Menschen, der das koloniale Subjekt als ganz und gar anders entwirft und ‚besondert‘, wobei sich dieses othering intersektionell aufbaut. Reglementierungen, Abwertungen, Instrumentalisierungen des Religiösen sind als gegenderte Phänomene wahrzunehmen. Es geht der Autorin also um den Auftrag einer intersektionalen globalisierungsbewussten Bildungsarbeit.

Von **Albert Scherr** wird die Kritik an Nationalstaatlichkeit und ihren Verengungen aufgenommen – allerdings in direkterem Bezug auf die Soziale Arbeit, die er durch deren nationalstaatliche Verfasstheit in besonders zugespitzten Spannungsverhältnissen sieht. Dass auch der Bezug auf die Menschenrechte hier keine verlässliche Grundlage bietet, dass auch hier Antworten auf die Frage, was jeweils moralisch und politisch geboten ist, sich nicht auf fraglose Gewissheiten berufen können, heißt für Scherr, sich der Debatte um das politische Mandat der Sozialen Arbeit erneut zu stellen und diese sehr offensiv zu führen.

Safiye Yıldız nimmt in ihrem dichten Kommentar Bezug auf den Tagungsbeitrag von Albert Scherr. Sie stellt die Wirkungen von Nationalismus und national-politischem Regierungshandeln in der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten und der Akteur_innen heraus, insofern diese etwa bei Abschiebungen mitwirkt, die Normalität der Migrationsgesellschaft nicht anerkennt und sich nicht entsprechend kritisch positioniert. Gleichzeitig werden jedoch auch Überschreitungsmöglichkeiten durch die Einbettung von kritischen migrationswissenschaftlichen Perspektiven in Bildungsinstitutionen und sozialarbeiterischer Praxis deutlich.

Louis Henri Seukwa erörtert in seinem Beitrag die für die erziehungswissenschaftliche Migrationsforschung zentrale Frage nach der Handlungsfähigkeit von Subjekten unter heteronomen Lebensbedingungen. Ausgehend von der

Bildungsbiografie eines Geflüchteten in Deutschland analysiert und konkretisiert er die Ressourcen, die einer solchen Handlungsfähigkeit zugrunde liegen können. Mit dem Begriff ‚Habitus der Überlebenskunst‘ entwickelt er eine Subsumptionskategorie für die verschiedenen empirischen Gestalten der vom Subjekt hervorgebrachten Strategien und Handlungen in diesem Zusammenhang und reflektiert seine epistemologische Tragweite.

Micha Brumlik erinnert in seinem Beitrag an Kant’s Weltbürgerrecht, das Gebot der allgemeinen Gastfreundschaft, das das Abweisen eines Fremden verbietet, er erinnert an Hannah Arendt’s „Recht auf Rechte“ und charakterisiert im Kontrast hierzu die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union als „schlicht gesetzeswidrig“. Gleichzeitig machen seine rechtsphilosophischen Vergewisserungen deutlich, dass es sich hierbei eben nicht nur um normative Appelle handelt, sondern um Grundprinzipien, angesichts derer die Nationalstaatlichkeit und ihre Vergengungen kritisiert werden müssen.

Stefan Faas wendet sich – auf der Basis qualitativer Interviews mit Erzieherinnen – den Irritationen in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Familien mit Fluchthintergrund zu. Dabei wird die wahrgenommene Infragestellung bisher gängiger Praxis durch Eltern auch als spezifische Form der Relationierung professionellen Wissens interpretiert – als z. T. einseitige Theorie- und Methodenorientierung bei Vernachlässigung lebensweltlichen Erfahrungswissens. Vor diesem Hintergrund wird sozialpädagogische Reflexion und sozialpädagogisches Handeln in besondere Weise als Vermittlungsaufgabe entworfen – zwischen pädagogischem Auftrag, Theorie und Lebenswelt von Geflüchteten.

Christian Peucker thematisiert die Herausforderungen und den Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe mit Blick auf das Ziel, die Lebenssituation geflüchteter junger Menschen zu verbessern. Ihr Handlungspotenzial beschreibt er dabei auf verschiedenen Ebenen: mit Blick auf die Erleichterung des Zugangs zu ihren Angeboten, ihre anwaltschaftliche Funktion gegenüber allen Kindern und Jugendlichen, ihr Prinzip der Lebensweltorientierung, das Instrument der Jugendhilfeplanung und ihre lange Praxis der Kooperation mit anderen Akteuren und Institutionen.

Olga Ermel erörtert die Herausforderungen, die sich Schulen bzw. den dort handelnden Akteuren im Kontext von Flucht stellen. Dabei wendet sie sich allgemein dem Thema Diversität zu und reflektiert vor diesem Hintergrund Fragen einer kultursensiblen Kommunikation, des Umgangs mit belasteten Kindern und Jugendlichen, der Zusammenarbeit mit Eltern sowie der Konfliktprävention und Konfliktbewältigung. Dabei werden auch erforderliche Ressourcen und Rahmenbedingungen schulischer Arbeit mit Geflüchteten reflektiert.

Sabrina Brinks und Eva Dittmann beleuchten in ihrem Beitrag den aktuellen Umgang mit jungen unbegleiteten Menschen mit Fluchtgeschichte innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei stellen sie heraus, dass sie in ihren Überlegungen die heterogene Zielgruppe zunächst als Kinder- und Jugendliche wahrnehmen, und deren Fluchthintergrund vor allem in Bezug auf die zusätzlichen strukturellen Herausforderungen (Verfahren, Rechtslagen, Zugang zur Sprache, Hilfeplanstrukturen usw.). Ihr Plädoyer für eine Ausweitung von Kooperationen und einem bewussten Ausbau von Schnittstellenstrukturen führt den Bogen zurück zu einer kritischen Betrachtung des eigenen Standortes in diesem Gefüge.

Ulrike Schneck zeigt anhand der hochnotwendigen Arbeit von *refugio* – Therapie und Beratung im Kontext von Flucht und Trauma – eine grundlegende Paradoxie Sozialer Arbeit auf: Stabilisierung – hier von traumatisierten Geflüchteten – unter extrem instabilen bzw. häufig immer weiter destabilisierenden Bedingungen bewirken zu wollen. Ein Unterstützungs- und Beratungsansatz, der im und für das Feld der Sozialen Arbeit mit geflüchteten Menschen unabdingbar ist, der angesichts der Zeitverzögerungen im Sichtbarwerden posttraumatischer Belastungen enorm auszubauen ist, und der dennoch und gleichzeitig die strukturellen Begrenzungen seines eigenen Geschäfts immer kritisch benennen und mitführen muss.

Maria Kechaja lässt uns mit einem sehr eindrücklichen und praxisnahen Beitrag am Projekt „TALK_respect connects“ teilhaben – einem Projekt, das eine intersektionale Perspektive mit Empowerment-Arbeit verbindet: Verschiedene, sich überschneidende Diskriminierungserfahrungen werden gesehen und aufgegriffen, bearbeitet und besprochen. Sie zeigt, wie wichtig es ist, in der Arbeit mit Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrungen die Themen Rassismus, Diskriminierung und Abwertungserfahrungen zu bearbeiten – und dies auf eine künstlerische und gleichzeitig auch politisch wirkmächtige Art und Weise.

Der Beitrag von **Johanna Bröse** widmet sich zunächst der Einordnung den aktuellen Debatten zum Thema Flucht in den Zusammenhang von Migration und Arbeit. Ihr Augenmerk liegt dabei darauf, die Funktion von Migrationsbewegungen für den Arbeitsmarkt kritisch zu bestimmen und die Möglichkeiten für geflüchtete Menschen auszuloten. In einem weiteren Schritt zeichnet sie die ambivalenten Handlungsspielräume der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Unterstützungsstrukturen nach, welche die (oftmals jungen) geflüchteten Menschen bei dem Übergang in die Ausbildungs- oder Arbeitswelt begleiten.

Rainer Treptow erörtert die Herausforderungen nicht-staatlicher Organisationen Humanitärer Hilfe im Zuge aktueller Fluchtbewegungen. In den Blick genommen werden dabei insbesondere Dilemmata zwischen Abgrenzung und Zusammenarbeit – im Kontext politisch festgelegter Kooperationsbeziehungen mit repräsentativen Akteuren, diffundierender Zuständigkeiten, der Kritik, zu Migrations- und

Fluchtbewegungen anzuregen oder diese gar zu verstärken. Darüber hinaus werden aber auch die Anstrengungen erkannt, Zukunftsperspektiven zu entwickeln, um die professionelle Eigenständigkeit Humanitärer Hilfe zu behaupten.

Es geht also in den Beiträgen – und grundlegend in der Sozialen Arbeit – um ein offensives Ausschöpfen der Möglichkeiten des Sozialgesetzbuchs, um eine offensive Bezugnahme auf international kodifizierte Menschenrechte, um ein offensives Nutzen von Ermessensspielräumen, um die Verweigerung eines voraussetzenden Gehorsams und um ein kritisches Hinterfragen der Logik des Sachzwangs. Es geht darum, sich nicht einbinden zu lassen in mandatswidrige Aufträge, wie etwa den der Amtshilfe für die Polizei, vermeintlichen Meldepflichten, oder kontrollierend-sicherheitsdienstlicher Aufgaben. Es geht darum, sich der Mitwirkung bei Abschiebungen zu verweigern (Positionspapier Müller, Prasad et al. 2016); und darum, Missstände im Kontext der Lebenslagen Geflüchteter grundsätzlich zu problematisieren.

Es geht um eine Solidarisierung und Vernetzung mit Geflüchteten-Selbstorganisationen, mit migrantischen Vereinen und Initiativen, sowie mit aktivistischen Gruppen, die eine große Expertise angesammelt haben und oft heute schon als Beratungsinstanzen für Rat suchende Praxis aufgesucht werden. Es geht um die Möglichkeit, sich neu auf die Rolle der Sozialen Arbeit zu besinnen – anhand von Aufrufen und Stellungnahmen auch der Fachverbände, die für eine Diskussion in den Teams der Sozialen Arbeit sehr hilfreich sein können.

Professionelle in den Feldern der Sozialen Arbeit werden ermutigt, ihre Rolle neu und optimistisch zu füllen, ohne dabei naiv zu werden – in Verbindung mit einer kritischen Perspektive auf Globalisierungs-Zusammenhänge, auf alte und neue Kolonialismen und nationale Begrenzungen. Es geht darum, sich eigener Privilegien und Verstrickungen in machtvolle gesellschaftliche Strukturen bewusst zu werden. Und nicht zuletzt geht es immer und immer wieder um eine Frage der Haltung – das erfordert Mut und Zivilcourage und den Schritt heraus aus der eigenen Komfortzone. All dies ist Bestandteil kritischer Sozialer Arbeit in Widersprüchen.

Johanna Bröse
Stefan Faas
Barbara Stauber

Literatur

- Aufruf. (2015). Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft. Ein Aufruf aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit. <http://www.auf-ruf-fuer-solidarische-bildung.de/>. Zugegriffen: 6. Juni 2017.
- Emcke, C. (2015). *Weil es sagbar ist*. Frankfurt: Fischer.
- Kessl, F., & Maurer, S. (2009). Praktiken der Differenzierung als Praktiken der Grenzbe-arbeitung. Überlegungen zur Bestimmung Sozialer Arbeit als Grenzbearbeiterin. In F. Kessl & M. Plößer (Hrsg.), *Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen* (S. 154–169). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Maurer, S. (2015). Kritik und Soziale Arbeit. Einige Thesen und Erläuterungen. In Kom-mission Sozialpädagogik (Hrsg.), *Praktiken der Ein- und Ausschließung in der Sozialen Arbeit* (S. 299–309). Weinheim: Beltz.
- Messerschmidt, A. (2016). Nach Köln – sprechen über Sexismus und Rassismus. Vortrag bei einer vom Netzwerk für Rassismuskritische Migrationspädagogik in Baden Würt-temberg und dem Institut für Erziehungswissenschaft organisierten Veranstaltung an der Universität Tübingen am 28. Januar 2016. <http://www.rassismuskritik-bw.de/>. Zugegrif-fen: 6. Juni 2017.
- Müller, A., Prasad, N., Riede, M., Sauer, S., Schäuble, B., Jungk, S., Kubisch, S., Scherr, A., Scherschel, K., Schneider, A., Straßburger, G., Völter, B., Velho, A., & Wagner, L. (2016). Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften – Profes-sionelle Standards und sozialpolitische Basis. <http://fluechtlingssozialarbeit.de>. Zugegrif-fen: 14. März. 2017.
- Scherr, A. (2015). Soziale Arbeit mit Flüchtlingen: Die Realität der „Menschenrechtspro-fession“ im Nationalen Wohlfahrtsstaat. *Sozial Extra: Zeitschrift für Soziale Arbeit*, 4, 16–19.
- Spivak, G. C. (1985). The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives. *History and Theory*, 24(3), 247–272. <http://www.cameronius.com/helen/rhprg/Spivak%20the%20Rani%20of%20Sirmur.pdf>. Zugegriffen: 6. Juni 2017.

Inhaltsverzeichnis

Teil I Theoretische Einordnungen und kritische Perspektiven

„Das Leiden der Anderen betrachten“. Flucht, Solidarität und Postkoloniale Soziale Arbeit	3
María do Mar Castro Varela	
Komplexität annehmen – Verflechtungen von Sexismus und Rassismus reflektieren gegen einen migrationsfeindlichen Konsens	21
Astrid Messerschmidt	
Flüchtlinge, nationaler Wohlfahrtsstaat und die Aufgaben Sozialer Arbeit	37
Albert Scherr	
Soziale Arbeit im „gewöhnlichen Nationalismus“ unter nationalstaatlichen Prämissen	61
Safiye Yıldız	
Handlungsfähigkeit und Heteronomie – eine kompetenztheoretische Perspektive auf fluchtmigrationsbedingte Bildungsdiskontinuitäten	73
Louis Henri Seukwa	
Der Flüchtling – Durchkreuzer politischer Normalität	95
Micha Brumlik	

Teil II Praxisfragen Sozialer Arbeit

Kinder und Familien mit Fluchthintergrund in Kindertageseinrichtungen – Sozialpädagogische Praxis und Reflexion im Kontext von Wissen, Nicht-Wissen und Handlungsdruck	111
Stefan Faas	
Kinder, Jugendliche und Familien mit Fluchthintergrund – Ausgangslage und Potenziale der Kinder- und Jugendhilfe	125
Christian Peucker	
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Herausforderung und Chance der Kinder- und Jugendhilfe	139
Sabrina Brinks und Eva Dittmann	
Schule im Kontext Flucht	157
Olga Ermel	
Therapie und Beratung im Kontext von Flucht und Trauma	173
Ulrike Schneck	
Jetzt rede ich! – Das TALK Projekt: Kunst und Empowerment gegen Rassismus und Diskriminierung	191
Maria Kechaja	
Migration und Arbeitsmarkt	203
Johanna Bröse	
Anforderungen an humanitäre Hilfe für Flüchtlinge heute. Ambivalenzen, Dilemmata, Prinzipien	223
Rainer Treptow	

Autorenverzeichnis

M.A. Sabrina Brinks, Erziehungswissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik. Arbeitsschwerpunkte Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Kooperation Jugendhilfe und Schule, Jugendarbeit, Qualifizierung und Netzwerkarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism gGmbH).
sabrina.brinks@ism-mz.de

Dipl. Päd. Johanna Bröse, Wissenschaftliche Angestellte in der Abteilung Sozialpädagogik an der Eberhard Karls Universität Tübingen mit den Themenschwerpunkten Flucht- und Migrationsforschung, Rassismus, Theorien der Abwertung, Kritische Soziale Arbeit.
johanna.broese@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Micha Brumlik, Emeritierter Professor am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Universität Frankfurt am Main, Senior Advisor am Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte. Erziehungswissenschaft, Religionsphilosophie und Politik. Autor und Publizist.
buero@michabrumlik.de

M.A. Eva Dittmann, Magistra Artium in Politikwissenschaften, Soziologie, Ethnologie und Europäische Migration. Arbeitsschwerpunkte Kinder- und Jugendhilfe, Hilfen zu Erziehung, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Qualifizierung und Netzwerkarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism gGmbH).
eva.dittmann@ism-mz.de

Dr. Olga Ermel, Diplom-Psychologin. Forschungsschwerpunkte Multiple soziale Kategorisierung, Intergruppenbeziehungen, Soziale Identität, Multikulturalität, Diversität, Konflikt und Toleranz. Aktuelles Arbeitsschwerpunktthema: Migration und Schule.

olga.ermel@gmx.de

Prof. Dr. phil. Stefan Faas, Professor für Sozialpädagogik und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, in der Abteilung Sozialpädagogik und Pädagogik der frühen Kindheit. Weitere Arbeitsschwerpunkte Familien- und Elternbildung, Kulturelle Bildung, Professions- und Evaluationsforschung, Transformationsforschung.

stefan.faas@ph-gmuend.de

M.A. Maria Kechaja, Kulturwissenschaftlerin und Ethnologin, tätig in der Praxisentwicklung des Fachdienstes Jugend, Bildung, Migration der BruderhausDiakonie Reutlingen. Mentorin für Rap, Video & Streetart Workshops im Projekt TALK.

maria.kechaja@nw-ad.de

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela, Politikwissenschaftlerin und Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Queer und Gender Studies an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Weitere Forschungsschwerpunkte. Postkoloniale Studien und Migrationsforschung.

castrovarela@posteo.de

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Erziehungswissenschaftlerin und Professorin an der Universität Wuppertal. Forschungsschwerpunkte Geschlecht und Diversität, Geschlechterverhältnisse und geschlechterreflektierende Bildung, Diversität und diskriminierungskritische Bildung, Bildung im Kontext der Nachwirkungen des Nationalsozialismus.

messerschmidt@uni-wuppertal.de

Dipl. Soz. Christian Peucker, Wissenschaftlicher Referent im Projekt Jugendhilfe und sozialer Wandel in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts (DJI), München. Momentane Projekte: Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF), Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, Jugendhilfe und sozialer Wandel.

peucker@dji.de

Prof. Dr. Albert Scherr, Direktor des Instituts für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg und u. a. Mitglied im Rat für Migration. Arbeitsschwerpunkte. Aspekte soziologischer Theorie, Theorien der Sozialen Arbeit, Migration – Diskriminierung – Rassismus – Rechtsextremismus, Qualitativ-empirische Bildungsforschung und Bildungstheorie, Jugendforschung.
scherr@ph-freiburg.de

Dipl. Psych. Ulrike Schneck, Fachberaterin für Psychotraumatologie, Systemische Therapeutin und Familientherapeutin Weiterer Arbeitsschwerpunkt: Personenzentrierte Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen. Psychologische Leitung der Regionalstelle Tübingen von refugio stuttgart.
u.schneck@refugio-stuttgart.de

Prof. Dr. Louis Henri Seukwa, Professor für Erziehungswissenschaften an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Schwerpunkte Erziehungswissenschaftliche Migrationsforschung, Kritische Kompetenzforschung, Interkulturelle Bildungsforschung, Postkoloniale Ansätze in der Erziehungswissenschaft, Resilienzforschung und Bildung unter den Bedingungen von Flucht und Asyl, Bildungsprozesse im nonformalen und informellen Sektor, International vergleichende Erziehungswissenschaft mit Anwendung der qualitativen Methode.
louishenri.seukwa@haw-hamburg.de

Prof. Dr. Barbara Stauber, Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Lehr- und Forschungsgebiete: Biografische Übergangsforschung unter besonderer Berücksichtigung von Gender-Aspekten zu den Bereichen Arbeit, Elternschaft und Jugendkultur.
barbara.stauber@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Rainer Treptow, Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Forschungsschwerpunkte Theorie und Geschichte der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Formen Sozialer Hilfen, Pädagogik der Frühen Kindheit und Kulturellen Bildung.
rainer.treptow@uni-tuebingen.de

Dr. Safiye Yıldız, Akademische Rätin in der Abteilung Sozialpädagogik an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Lehr- und Forschungsgebiete: Migration und Bildung, Multikulturalität, Interkulturelle und transkulturelle Erziehung, Nation, Nationalismus, Rassismus, Nation und Gender, Intersektionalität, Post-strukturalistische Ansätze, Methodologie und Diskursanalyse.
safiye.yildiz@uni-tuebingen.de